

Reimar Stuckenbrock/Michael Gumbert Gorbatschows Abrüstungsvorschläge – das Ende des Rüstungswettlaufs ?

»Die neue Philosophie der Außenpolitik« und die Umgestaltung der Sowjetunion

Während in den USA die Reagan-Regierung seit Beginn der 80er Jahre mit der Ausdehnung des Rüstungswettlaufs alte Hegemonievorstellungen zu einem neuen Konzept strategischer Überlegenheit (Czempiel 1986 a, 1986 b), zu verknüpfen versucht, läßt sich in der Sowjetunion seit der Machtübernahme Gorbatschows eine Erneuerung in eine andere Richtung beobachten. In seinem politischen Bericht an den 27. Parteitag der KPdSU übte er schonungslose Kritik an der bisherigen Politik und forderte die gesamte Sowjetunion zu einem radikalen Umdenken auf. Dies gelte, so Gorbatschow, insbesondere für die inneren Angelegenheiten des Landes, die zwingend rasche Veränderungen verlangten, aber auch für die äußeren Angelegenheiten sei ein Neuanfang unumgänglich. Er begründete dies mit den tiefgreifenden Veränderungen, die die gegenwärtige Weltlage charakterisierten, die Umdenken »und eine komplexe Analyse all ihrer Faktoren« erforderten:

»Die Situation der nuklearen Konfrontation verpflichtet zu neuem Herangehen, zu neuen Formen und Verfahren in den Beziehungen zwischen verschiedenen sozialen Systemen, Staaten und Regionen« (Gorbatschow 1986b, S. D 209).

Zwar seien es die NATO und die USA gewesen, die der Sowjetunion seit 1945 einen ungeheuren Rüstungswettlauf »aufgezwungen« und insbesondere seit dem Beginn der 80er Jahre noch verschärft hätten, indem sie von einer Politik der Entspannung zu einer Politik der Stärke zurückgekehrt seien. Mit deutlichem Hinweis auf seine Vorgänger betont Gorbatschow jedoch die Notwendigkeit eines Neuanfangs in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen.

Bedurfte es demnach 1986 noch einer ausdrücklichen Legitimation für eine Politik der Wiederannäherung an die USA, so kann es im September 1987 über die Grundsätze des neuen Kurses in der Sowjetunion kaum noch Zweifel geben: Der UdSSR gelang es, die für sie negative Bilanz in der internationalen Politik während der ersten Hälfte der 80er Jahre (vor allem bedingt durch ihre Intervention in Afghanistan) wieder positiv zu gestalten. Dabei handelt es sich nicht nur um atmosphärische Positionsgewinne in der internationalen Öffentlichkeit, um deretwillen, wie einige konservative Kremlologen argwöhnen, einige publikumswirksame Abrüstungsinitiativen veranstaltet werden, die den innenpolitischen Druck für mehr Rüstungskontrolle im Westen verschärfen sollen, während die Sowjetunion aufgrund ihrer von der Partei kontrollierten und gesteuerten Öffentlichkeit von derartigen Kontroversen unbehelligt bleibt. Für diese Sichtweise bleibt es auch unter Gorbatschow selbstverständlich, daß Besorgnisse oder Angst vor dem Nuklearkrieg (ein Motiv der westlichen Friedensbewegung), in der Logik des Ost-West Nullsummenspiels von der Sowjetunion angeblich stets dazu benutzt wird,

westliche »Nach«Rüstung zu diffamieren oder gar zu behindern (Wettig, 1987 S. II; 1986; 1984). Aus dieser Perspektive gibt es natürlich nur eine »sowjetische« Bedrohung des Westens; während umgekehrt Bedrohungsperzeptionen der UdSSR aufgrund des demokratischen Charakters der westlichen Gesellschaften als von vornherein abwegig gilt. Westliche Rüstung dient aus dieser Sicht »nur« der rein defensiven Abschreckung einer »möglichen« sowjetischen Aggression, während die sowjetischen Potentiale stets verborgene Droh- oder Kriegsführungsoptionen beinhalten (Wettig 1983; Krause 1982). Ebenso unakzeptabel ist natürlich die bisherige sowjetische Selbstdarstellung, die Sowjetunion sei aufgrund ihrer sozialen Struktur eo ipso friedensfähig und abrüstungsbereit, würde aber nur von dem jeweiligen Gegner an der Ausübung ihrer genuinen Friedensmission gehindert und ständig zur »Nach«Rüstung gezwungen. Diese Logik hat uns nicht nur, wie die Abschreckungstheoretiker unablässig wiederholen, einen vierzigjährigen Frieden in Europa beschert, sondern auch einen beispiellosen Rüstungswettlauf. Sein Ergebnis war nicht mehr Sicherheit, sondern eine Zerstörungsdrohung für die ganze Zivilisation. Eher ist es eines der erstaunlichen Phänomene des Nuklearzeitalters, daß es bis in die frühen achtziger Jahre gedauert hat, bis sich in Ost und West nennenswerte Teile der Bevölkerung von den vorhandenen Waffenarsenalen bedroht fühlten, und zum ersten Mal ihre Regierungen zu substantiellen Abrüstungsschritten aufforderten.

Dies ist weder in Ost noch in West ohne Wirkung geblieben, auch wenn beide Regierungen zur Beendigung des Rüstungswettlaufs und zur Reduzierung bzw. Abschaffung der Nuklearwaffe zwei sich eher ausschließende Konzepte vertreten: Die Sowjetunion hat am 16.1.1986 einen Stufenplan zur völligen nuklearen Abrüstung bis zum Jahre 2000 vorgelegt (Gorbatschow 1986a), während die Reagan-Regierung zunächst einen beispiellosen Rüstungsschub initiierte und seit 1983 parallel dazu, ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem entwickeln will, um Nuklearwaffen »unwirksam und überflüssig zu machen« (Reagan 1983, S.D 270). Die von Reagan vorgeschlagene Lösung ist eine technische, die nach dem alten Prinzip verfährt, durch unilaterale Rüstungsschritte die eigene Sicherheit zu gewährleisten, anstatt durch Maßnahmen wie z.B. Abrüstung oder Rüstungskontrolle multilateral Sicherheit zu vereinbaren, wie sie Gorbatschows Vorschlägen zugrundeliegen. Abrüstung und Rüstungskontrollinitiativen entstehen nicht im luftleeren Raum und lassen sich daher nur angemessen beurteilen, wenn der ihnen zugrundeliegende politische Zusammenhang geklärt ist. Handelt es sich z.B. um reine Propaganda, dürfte eine solche Politik zweifellos schnell mit der Realpolitik kollidieren, die, wie das amerikanische Beispiel in den letzten Jahren gezeigt hat, alles andere als Rüstungsreduzierung intendiert hat. Die nicht überzeugende Logik des Aufrüstens, um abzurüsten, ist nicht sehr schwierig als Kaschierung der herrschenden Politik kontinuierlicher Rüstungskonkurrenz zu durchschauen, die sich durch die unglaubliche Klage, die Politik laufe der Technologieentwicklung ständig hinterher, sehr dilettantisch ihrer Verantwortung für politische Entscheidungen zu entledigen versucht. Gorbatschow betont ausdrücklich das gegenteilige Verfahren: Nur ein neuer politischer Ansatz vermag die Logik des Rüstungswettlaufs zu durchbrechen:

»Der Charakter der modernen Waffen läßt keinen Staat die Hoffnung, sich allein durch militärisch-technische Mittel zu schützen, sagen wir durch die Schaffung einer Verteidigung, und sei sie noch so

mächtig. Die Gewährleistung der Sicherheit nimmt immer mehr den Charakter einer politischen Aufgabe an, deshalb kann sie nur mit politischen Mitteln gelöst werden. Es bedarf vor allem des Willens, den Weg der Abrüstung zu gehen. Die Sicherheit kann nicht bis ins Unendliche auf der Angst vor Vergeltung, d.h. auf den Doktrinen der »Eindämmung« und Abschreckung, aufgebaut werden. Es wäre schon an sich absurd und unmoralisch, die ganze Welt zur nuklearen Geißel herabzuwürdigen, aber darüber hinaus peitschen solche Doktrinen die Hochrüstung an, und früher oder später kann sie sich jeder Kontrolle entziehen« (Gorbatschow 1986b, S. D 216).

Diese Einschätzung stützt sich auf die Vorstellung, daß »für Kriege und Politik der Stärke die Welt von heute viel zu klein und gebrechlich« geworden ist. Diese könne nicht gerettet und erhalten werden, »wenn man nicht entschieden und ein für allemal mit der Denk- und Handlungsweise bricht, die jahrhundertlang auf der Vertretbarkeit, Zulässigkeit von Kriegen und bewaffneten Konflikten basierte«. Daraus folgt für ihn die Einsicht,

»daß sich das Wettrüsten ebensowenig gewinnen läßt, wie ein Atomkrieg selbst. Die Fortsetzung eines solchen Wettlaufs auf der Erde und erst recht seine Ausdehnung in den Weltraum wird das ohnehin kritisch hohe Tempo der Anhäufung und Perfektion von Kernwaffen beschleunigen. Die Situation in der Welt könnte soweit gedeihen, daß sie nicht mehr von Vernunft und Willen der Politiker abhängen würde. Sie wäre eine Gefangene der Technik, der militärisch-technokratischen Logik. Folglich können ein Atomkrieg, aber auch schon die Vorbereitung darauf, d.h. das Wettrüsten, das Streben nach militärischer Überlegenheit, objektiv niemandem politischen Gewinn bringen« (Gorbatschow 1986b, S. D 217).

Daß diese politischen Einsichten sich sogar in einseitigen Rüstungsbeschränkungen bzw. Vorleistungen ausdrücken können, hat die Glaubwürdigkeit seiner Abrüstungsstrategie zusätzlich unterstrichen. Damit werden sich vor allem jene auseinandersetzen müssen, die aus sehr unterschiedlichen Motiven der Sowjetunion eine strukturelle Abrüstungsunfähigkeit unterstellen (Senghaas 1983), bzw. die Abrüstungsbereitschaft einseitig auf die Verschiebung militärstrategischer Optionen (in diesem Fall von nuklearen zu konventionellen) zurückzuführen und dabei eine Zwangsläufigkeit der gegenwärtigen Entwicklung suggerieren, die Politik wiederum nur als Vollzugsorgan militärstrategischer Notwendigkeiten wahrnimmt (Fitzgerald 1987a; Lange 1986; Sloan 1986).

Da Gorbatschows Politik sich gerade für eine Abkehr von militärisch-technischen Denkweisen einsetzt, um die Logik des Rüstungswettlaufs zu durchbrechen bzw. umzukehren, erscheint es als Antwort wenig plausibel, dies auf eine Prioritätenverschiebung strategischer Einsatzkalküle zu reduzieren.

Die Evidenz dieses neuen Denkens liegt zweifelsohne in dem von Gorbatschow vollzogenen Bruch mit den Glaubenssätzen der bisherigen Politik. Daß es dabei nicht nur um einen verbalen Bruch mit der Vergangenheit gehen kann, ist mehrfach betont und insbesondere durch die sowjetische Kompromißbereitschaft bei der Rüstungskontrolle bereits demonstriert worden, die sich nicht scheute, im Grunde amerikanische Positionen der Vergangenheit (wie die Nulllösung oder die Vorortinspektionen) einfach zu übernehmen. Insbesondere die Akzeptanz asymmetrischer Reduzierung in einem künftigen Abkommen über die Mittelstreckenraketen (zwischen 500-5 000 km Reichweite), ist ein beispielloser Vorgang in der Geschichte des Rüstungswettlaufs, der die neuen politischen Kräfteverhältnisse in der UdSSR widerspiegelt: Neue politische Prinzipien und Interessen dominieren über die Worst-Case Kalküle möglicher Kriegsszenarien. Dafür schuf Gorbatschow die Voraussetzungen, indem er ganz offen die Höhe der gegenwärtigen Nukleararsenale und sogar das politische Prinzip der Parität in Frage

stellte, welches für die Sowjetunion bisher das zwanghafte Nachvollziehen fast aller amerikanischer Rüstungsschritte zur Verpflichtung gemacht hatte:

»Ferner muß erkannt werden, daß das heutige Niveau der Balance der nuklearen Potentiale der einander gegenüberstehenden Seiten unverhältnismäßig hoch ist. Vorläufig bringt es jeder der beiden Seiten gleiche Unsicherheit. Aber nur eben vorläufig. Die Fortsetzung des nuklearen Wettrüstens würde diese gleiche Unsicherheit unvermeidlich steigern und könnte sie auf einen Punkt bringen, da selbst die Parität aufhört, ein Faktor der militärisch-politischen Zurückhaltung zu sein. Folglich gilt es vor allem, das Niveau der militärischen Konfrontation erheblich zu senken. In unserem Zeitalter wird wahrhaft gleiche Sicherheit nicht durch eine maximal hohe, sondern durch eine maximal niedrige strategische Balance gewährleistet, aus welcher man zudem die nuklearen und sonstigen Massenvernichtungsmittel völlig ausschließen muß« (Gorbatschow 1986b, S. D 217).

Daß Gorbatschow sich für eine Minimalabschreckung einsetzt, weil dies der einzig legitime Weg zu sein scheint, Nuklearwaffen die legitimatorische Grundlage zu entziehen, die Rüstungslasten zu reduzieren und so einem neuen Rüstungswetlauf vorzubeugen, hat er erst kürzlich in seiner Rede für die Generalversammlung der Vereinten Nationen erneut bekräftigt:

»Unlängst haben sowjetische und amerikanische Wissenschaftler sich speziell mit der Frage des Zusammenhangs zwischen strategischer Stabilität und Umfang der nuklearen Arsenale befaßt und sind zu der übereinstimmenden Meinung gelangt, daß 95% aller Kernwaffen der USA und der UdSSR beseitigt werden können, ohne die Stabilität in irgendeiner Weise zu verletzen.

Ein tödliches Argument gegen die Strategie der »nuklearen Abschreckung«, die eine wahnwitzige Logik hervorbringt. Wir sind jedoch der Ansicht, daß man nicht einmal die fünf Prozent belassen sollte. Und dann wäre es qualitativ eine andere Stabilität« (Gorbatschow 1987b, S. 3).

Man mag eine Abschaffung aller Nuklearwaffen für realistisch halten oder nicht, unverkennbar ist jedoch, daß Gorbatschow einen signifikanten Bruch mit der Politik der Breschnew-Ära (Gelman 1984) eingeleitet hat: Wird heute ohne weiteres zugegeben, daß die Nukleararsenale zu groß und damit zu gefährlich geworden sind (was die sowjetischen Atomwaffen einschließt), galt in den 70er Jahren uneingeschränkt das Prinzip der strategischen Parität mit den USA. Dies hatte zur Folge, daß die Sowjetunion aufgrund ihres qualitativen Rückstands bei der Entwicklung verschiedener Waffensysteme sich nicht für eindeutige Verbote einsetzte, sondern vorzog, die von den USA bestimmten Rahmenbedingungen des Rüstungswetlaufs und der Rüstungskontrollgespräche zu akzeptieren und dabei die Möglichkeiten von SALT I und II voll auszuschöpfen. Breschnews Entspannungskonzept orientierte sich vor allem an der militärischen und politischen Parität mit der USA, der Anerkennung der europäischen Nachkriegsordnung und dem Import westlicher Kapital- und Technologiehilfe zur Modernisierung und Effektivierung der sowjetischen Wirtschaft, um die steigenden Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen (Garthoff 1985). Trotz Entspannungspolitik mit dem Westen wurde die ideologische Abgrenzung intensiviert, um alle Veränderungen und Reformbestrebungen im Innern zu verhindern. In den 70er Jahren hatte die Führung noch gehofft, mit westlicher Wirtschaftskooperation und durch eine Verbesserung ökonomischer Mechanismen die Produktivität anheben zu können, um die fallenden Wachstumsziffern aufzuhalten. Dieser Weg ist sowohl durch das Ende der Entspannung als auch im Innern – durch den Niedergang der Wirtschaft, die dringender Reformen bedurfte – gescheitert (Schmidt-Häuer 1987; Bialer 1985).

Daß sich mit Gorbatschow jene politische Gruppierung in der Führung durchgesetzt hat, die seit Chruschtschows gescheiterter Entstalinisierungskampagne die sozialistische Gesellschaft re-

formieren will, aber sich bisher gegen die Konservativen in der Partei nicht durchsetzen konnte, ist also keineswegs zufällig geschehen – ebenso wie das deutliche Abrücken Gorbatschows von den außenpolitischen »Errungenschaften« der Breschnew-Ära, die zu einer der größten Belastungen für den sozialen Fortschritt in der Sowjetunion geworden sind. In seiner Rede vom 27.1.1987 vor dem Zentralkomitee hat Gorbatschow die Notwendigkeit zur Veränderung in der Innen- und Außenpolitik ohne Beschönigung offengelegt und zu einer Demokratisierung des Sozialismus in der UdSSR aufgerufen. Damit soll der Umbau der Sowjetunion von einer bloßen militärisch orientierten zu einer auch politisch-ökonomisch konkurrenzfähigen Weltmacht abgesichert werden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn das sowjetische Wirtschaftssystem modernisiert und der zivilen Wirtschaft nicht ständig wichtige Technologien durch den Rüstungssektor entzogen werden. Von dieser Umgestaltung wird abhängen, ob die Sowjetunion auch in Zukunft mit dem Westen in allen Bereichen Schritt halten will. Auf diesen Zusammenhang hatte Gorbatschow bereits im Dezember 1984 hingewiesen:

»Nur eine intensive Wirtschaft, die sich auf der Grundlage neuester Wissenschaft und Technologie entwickelt, kann als verlässliche Basis für die Hebung des Wohlstandes der Werktätigen dienen und die Festigung der Position des Landes in der Weltarena gewährleisten, nur sie erlaubt es, in das neue Jahrtausend mit Würde als prosperierende Großmacht einzutreten (Schröder 1986a, S. 603).

Die Situation hat sich während der Mitte der 80er Jahre jedoch zuungunsten der Sowjetunion weiter verschärft. Zu den Altlasten des Rüstungswettlaufs hat die Reagan-Administration durch ihr massives Aufrüstungsprogramm und durch die Drohung, die Sowjetunion mittels SDI »wirtschaftlich totzurüsten« (Nikutta 1985a), eine aus sowjetischer Sicht ernste Herausforderung ihrer Sicherheit hinzugefügt. Diese doppelte Bedrohung – wirtschaftlicher Niedergang und Verlust des Weltmachtstatus – abzuwenden, bestimmt seit Gorbatschows Machtübernahme die sowjetische Außenpolitik, deren deutlicher Kurswechsel insbesondere in Abrüstungsfragen den Westen und seine auf nuklearer Abschreckung beruhende Sicherheitspolitik nun nicht mehr durch neue Waffensysteme, sondern durch Reduzierungsangebote bereits bestehender Arsenale zu einer Neuorientierung zwingen wird.

Gorbatschows Abrüstungspolitik und der amerikanische Rüstungswettlauf

Nach dieser programmatischen Skizze der neuen Politik Gorbatschows und der ihr zugrundeliegenden Überzeugungen soll nun anhand der bisherigen Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen untersucht werden, inwieweit diese dazu beitragen könnten, das von Gorbatschow angestrebte Ziel, dem Rüstungswettlauf ein Ende zu bereiten, zu verwirklichen.

Inzwischen hat sich im Westen immerhin die Ansicht durchgesetzt, daß Gorbatschows Reformpolitik nach Innen und Außen mehr als nur ein Propagandatrick zur Einlullung und Schwächung westlicher Verteidigungsanstrengungen ist, aber es ist offensichtlich, daß die Konservativen im Westen um die nuklearen Optionen ihrer Sicherheitspolitik fürchten. Gorbatschow unterminiert aber mehr als nur die Legitimität neuer Waffensysteme; er entzieht durch eine ernsthafte Realisierung von friedlicher Koexistenz westlicher Rüstungspolitik generell die Legitimationsgrundlage. Indem er ähnlich wie Chruschtschow 1956 alte marxistisch-

leninistische Dogmen umstieß (was sich wie eine notwendige Anpassung der Ideologie an die Realität liest), schuf er die Grundlage für eine neue Vorstellung der internationalen Beziehungen als konkurrierende Verantwortungsgemeinschaft:

»Im Miteinander des Wettbewerbs, der historischen Auseinandersetzung zweier Systeme und der zunehmenden Tendenz zur wechselseitigen Abhängigkeit der Staaten dieser Weltgemeinschaft liegt die reale Dialektik der gegenwärtigen Weltentwicklung... Im Kampf der Gegensätze bildet sich ein Widerspruchswille, aber wechselseitige abhängige und vielfach in sich geschlossenen Welt heraus« (Schmidt-Häuer/Huber 1987, S. 18).

Offensichtlich hat sich die neue Führung von der Vorstellung leiten lassen, daß nur eine Abrüstungsstrategie glaubwürdig und erfolgreich ist, die der bisherigen machtpolitischen Konfrontationspolitik und den Zweideutigkeiten über den historisch unvermeidlich siegreichen Sozialismus eine klare Absage erteilt. Besonders bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang das fast schon pazifistisch anmutende Bekenntnis Gorbatschows:

»Der Sozialismus lehnt Kriege als Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher politischer und ökonomischer Widersprüche und ideologischer Streitigkeiten bedingungslos ab. Unser Ideal ist eine Welt ohne Waffen und Gewalt, eine Welt, in der jedes Volk frei über seinen Entwicklungsweg, seine Lebensweise entscheidet« (Gorbatschow 1986b, S. D 215)

Diesem für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlichen Bekenntnis war im Januar 1986 ein ebenso ungewöhnlicher Vorschlag vorausgeeilt, dessen utopische Perspektive in einer Welt mit 50 000 Nuklearsprengköpfen zunächst nur als geschickter Propagandacoup ohne klare Handlungsperspektiven abgetan bzw. als Fortsetzung der Abrüstungsformeln der Chruschtschow-Ära eingestuft wurde, als allgemeine und vollständige Abrüstung nur mit der »Zerstörung des Imperialismus« und dem »Sieg des Sozialismus« im Weltmaßstab gleichgesetzt und damit zugleich auf den jüngsten Tag verschoben wurde (Vigor 1986, S. 20, 49; Dallin 1964, S. 117 ff.; Tiedtke 1985, S. 22-26). Da zu keiner Zeit ein Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab auf der Tagesordnung stand, war eine rein propagandistische Intention dieser Vorschläge in den 50er Jahren nicht zu verkennen und deshalb auch kein Gegenstand künftiger Verhandlungen mehr. An die Stelle derartiger Deklarationen traten im Laufe der 60er Jahre – als Reaktion auf den forcierten Rüstungslauf bei Interkontinentalraketen-Vorschläge die Rüstungskontrolle oder begrenzte Abrüstungsschritte zum Ziel hatten. Dazu zählten ein umfassender Teststopp, das Verbot des Einsatzes und der Produktion von Nuklearwaffen sowie die Zerstörung der vorhandenen Arsenale; außerdem eine Begrenzung und Reduzierung der Nuklearträgersysteme; ein Operationsverbot nuklearer Flugzeuge außerhalb der nationalen Territorien; ein Verbot chemischer und biologischer Waffen; die Einrichtung atomwaffenfreier Zonen – um nur die wichtigsten zu nennen (Vigor 1986, S. 10). Daß über diese Vorschläge seitdem nicht ernsthaft verhandelt worden ist, ist nun keineswegs nur auf das sowjetische Desinteresse zurückzuführen, sondern ebenso auf den Westen, der sowjetische Kritik an dem Bedrohungscharakter westlicher Abschreckungsvorstellungen durch Nuklearwaffen stets als unbegründet zurückgewiesen hat und auf der Notwendigkeit insistierte, eine sowjetische Aggression mit allen Mitteln »abschrecken« zu müssen. So wurde der Westen zum Motor des nuklearen Rüstungswettlaufs. Der Sowjetunion ist in diesem Zusammenhang vorzuhalten, daß sie ihre eigenen Vorschläge keineswegs ernsthaft verfolgt, sondern um den Preis der Anerkennung ihres Weltmachtstatus durch die USA die amerikanische Entwicklung in fast allen Bereichen phan-

tasielos nachgeahmt und damit zur Verschärfung des Rüstungswettlaufs und ihrer inneren Probleme beigetragen hat (Berman/Baker 1982; Holloway 1983; Jackson 1979; Trofimenko 1981).

Wenn Gorbatschow heute, wie schon zitiert, 95% aller Nuklearwaffen als überflüssig betrachtet und die restlichen 5% auch noch abschaffen will, so bedeutet das zum ersten Mal seit Chruschtschows Versuch, das sowjetische Nukleararsenal auf eine Minimalabschreckung zu beschränken (Tiedtke 1985) eine deutliche Kritik auch an der bisherigen sowjetischen Politik. Gorbatschows Abrüstungsvorschläge bewegen sich in der schon erwähnten sowjetischen Tradition (Allgemeiner Teststopp, Abschaffung der Nuklearwaffen, Verbot neuer Waffensysteme), nur mit dem entscheidenden Unterschied, daß sie nun auch ernsthaft am Verhandlungstisch verfolgt werden. Zum erstenmal sind Abrüstungsvorschläge also nicht nur in eine »Neue Philosophie der Außenpolitik« konzeptionell eingebunden, sondern werden – wie im Falle des sowjetischen Testmoratoriums – auch ausdrücklich durch eine Politik einseitiger Vorleistungen unterstützt, die zugleich die »Kluft zwischen Wort und Tat« (Gorbatschow 1987b, S. 3) beseitigen sollen, die bisher in dieser Frage geherrscht hat. Immerhin gelang es Gorbatschow, das einseitige Teststoppmoratorium acht Monate durchzusetzen, bis er öffentlich erklärte, eine Verlängerung käme nur in Frage, wenn sich auch die USA an dieses Verbot hielten: »Andernfalls wird die Sowjetunion die Experimente wiederaufnehmen. Das muß völlig klar sein. Wir bedauern das, doch wir werden das tun müssen, da wir unsere eigene Sicherheit und die Sicherheit unserer Verbündeten nicht preisgeben können« (Gorbatschow 1986c, S. D 431). Ein Jahr später betont er nochmals die Schwierigkeit, einseitige Vorleistungen im gegenwärtigen Rüstungswettlauf durchzuhalten mit dem Hinweis, die Sowjetunion habe das einseitige Moratorium länger eingehalten, »als wir eigentlich durften« (Gorbatschow 1987b, S. 3). Dieses Beispiel markiert deutlich jene Grenze, die auch Gorbatschow nicht überschreiten kann: Wenn es keine angemessene Antwort der anderen Seite auf derartige Vorleistungen gibt, wird es auch keinen einseitigen Ausstieg der Sowjetunion aus der Logik des Rüstungswettlaufs geben, weil – wie Generalstabschef Achromejew betonte – einseitige Vorleistungen zwar politisch vorteilhaft seien, aber militärische Nachteile mit sich brächten:

»Wenn eine Seite ihre Kernwaffen erprobt und perfektioniert, die andere das aber nicht tut, so ist es wohl ein offenes Geheimnis, daß die Seite, die die Versuche durchführt, davon bestimmte und recht große Vorteile erhält« (Achromejew 1986, S. D 443).

Selbst wenn man also die Frage beiseite läßt, inwieweit Gorbatschow von der militärischen Führung mitgetragen wird oder nicht (Achromejew hat dies im Zusammenhang des einseitigen Moratoriums ausdrücklich bejaht): Der politische Konsens in der Führung scheint nur soweit zu gehen, durch eine offensive Abrüstungsstrategie die amerikanischen Aufrüstungsbestrebungen zu durchkreuzen, um die USA erneut in einen Rüstungskontrolldialog einzubinden und nicht »davonziehen« zu lassen. Eigene Trümpfe sollen aber keineswegs durch einseitige Vorleistungen den Verhandlungen entzogen werden, zumal die gegenwärtige amerikanische Regierung aus sowjetischer Sicht nicht gerade als der ideale Partner für das Ausprobieren substantieller einseitiger Vorleistungen gibt. Während der ersten beiden Jahre stand Gorbatschow insofern eher unter dem Druck, sich gegen den Vorwurf, Verhandlungen mit der gegenwärtigen amerikanischen Regierung seien aussichtslos, verteidigen zu müssen (Gorbatschow 1986d,

S. D 146). Signifikante Abrüstungsschritte wird es demnach nur, wie der bereits ausgehandelte Vertrag über die Mittelstreckenraketen gezeigt hat, als Folge eines zweiseitigen Abkommens geben, so daß die Reduzierung sowjetischer Rüstungslasten hauptsächlich von den Ergebnissen der übrigen Rüstungskontrollverhandlungen im konventionellen und strategischem Bereich sowie bei den Weltraumwaffen abhängen wird. Obwohl Gorbatschow, im Unterschied zu den Äußerungen der Militärs, auf dem 27. Parteitag betont hat, die KPdSU schenke der Verteidigungsfähigkeit des Landes und der Kampfkraft der Streitkräfte ihre unverminderte Aufmerksamkeit, unterstrich er gleichzeitig, daß der derzeitige Rüstungsstand zur Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR voll ausreiche:

»Die Sowjetarmee und die sowjetische Seekriegsflotte verfügen über moderne Waffen und technische Mittel sowie über einen geschulten Personalbestand, ausgebildete und dem Volk selbstlos ergebene Kommandeurs- und Politikader. Sie kommen ihrer Pflicht in jeder komplizierten, mitunter auch schwierigen Situation in Ehren nach. Mit voller Verantwortung können wir heute erklären: Die Verteidigungsmacht der UdSSR wird auf einem solchen Niveau gehalten, das uns befähigt, die friedliche Arbeit und das friedliche Leben der sowjetischen Menschen zuverlässig zu schützen« (Gorbatschow 1986b, S. D 215).

Damit sollte wohl eine größere Wachstumsrate des Militäretats wie auch einseitige Kürzungen von vornherein ausgeschlossen werden. Zunächst ging es wohl nur um die Erhaltung des Status Quo bei der Ressourcenzuteilung, zumal wie neueste Schätzungen der CIA/DIA ergaben, das Wachstum der sowjetischen Rüstungsausgaben zwischen 1976-82 ähnlich dem des gesamten Bruttosozialprodukts zurückging und erst nach 1982 als Antwort auf die neue amerikanische Herausforderung wieder angestiegen ist (Schröder 1986b, S. 14 ff.; Walter 1985; Becker 1986). Dies zeigt sich u.a. deutlich im strategischen Bereich, wo angesichts der SALT-Vereinbarungen im Rahmen der Parität bei der Beschaffung neuer Waffensysteme Zurückhaltung geübt wurde (Schröder 1986b, S. 32; Collins 1985). Mit dieser Neueinschätzung der sowjetischen Militärausgaben aber werden jene alarmistischen Einschätzungen im Westen revidiert, die seit 1975 die sowjetische Bedrohung in allen Bereichen möglichst stark übertrieben, um die eigenen Rüstungsausgaben anzukurbeln und Fortschritte bei den SALT-Verhandlungen mit dem Argument zu verhindern, die Sowjetunion habe weder Parität noch gegenseitige Abschreckung akzeptiert und bereite sich auf die Führung und den Gewinn eines Atomkrieges vor (Pipes 1977, 1982; Mertes 1985; Garthoff 1978, 1982). Der rechte Flügel der republikanischen Partei und insbesondere der Präsidentschaftskandidat Reagan hatte 1976 die Ford/Kissinger Regierung dazu gezwungen, angeblich zu optimistische Schätzungen der Sowjetischen Rüstungsausgaben zu revidieren, da sie die reale Bedrohung durch die Sowjetunion nicht widerspiegeln würden. Präsident Ford erklärte sich mit der Berufung einer Gruppe »unabhängiger« Spezialisten durch den CIA-Direktor George Bush einverstanden, der sich nicht scheute, eine völlig einseitig orientierte Gruppe von Strategieexperten und Militärs auszuwählen, die aus ihren antisowjetischen Einstellungen keinen Hehl machten und deren erklärtes Ziel eine Alarmierung der amerikanischen Öffentlichkeit über die Auswüchse sowjetischer Rüstung war. Es ist keineswegs zufällig, daß die Mitglieder dieser Gruppe 1981 fast ausnahmslos in die Reagan-Administration übernommen wurden (Cox 1982, S. 70-75; Ranelagh 1986, S. 622-624) Daß die Ergebnisse ihres Berichts rein politisch motiviert waren, zeigte der Umstand, daß sie nicht neue Fakten präsentieren konnten, sondern sowjetische Intentionen nur neu interpretierten. Da-

bei wurde eine CIA-Schätzung, der Anteil der Rüstungsausgaben am sowjetischen Bruttosozialprodukt betrage statt 6-8% in Wirklichkeit das Doppelte – bei unverändertem Ausstoß an Hardware (also ein Hinweis auf die geringere Effizienz der sowjetischen Rüstungswirtschaft) – zum Anlaß genommen, ein noch düsteres Bedrohungsszenario zu präsentieren (Garthoff 1985, S. 745, 785-787, 794-796; Kaufmann 1985).

Selbstverständlich wäre das eifrige Spekulieren zum Nachteil der Sowjetunion nicht möglich gewesen, wenn sie es nicht bisher strikt vermieden hätte, ihre realen Verteidigungsausgaben offenzulegen. In den USA beschäftigt sich ein nicht geringer Teil der »Intelligence«-Community ausschließlich mit der Beobachtung und Einschätzung sowjetischer Rüstungsausgaben und -programme, deren konkurrierenden Ergebnisse – aufgrund ihres geheimen Charakters für die Öffentlichkeit nicht nachprüfbar – schon häufig zwecks politischer Einflußnahme für neue Rüstungsprogramme mißbraucht wurden (Freedman 1977; Prados 1982, S. 245–257; Lebow 1980). Es ist also keineswegs übertrieben festzustellen, daß die sowjetische Geheimniskrämerie dem Alarmismus im Westen ständig neue Nahrung liefert, was sich nur ändern ließe, wenn auch dieser Bereich von der UdSSR offengelegt würde. Daß Gorbatschow auch hier vorsichtige Veränderungen plant, hat er bereits in seiner UNO-Rede angedeutet:

»Wie steht es um die Vergleichbarkeit der Verteidigungsausgaben? Damit wird man sich noch beschäftigen müssen. Ich denke, daß wir bei entsprechenden Anstrengungen schon in den nächsten zwei bis drei Jahren die sowohl uns als auch unsere Partner interessierenden Zahlen gegenüberstellen können, die die Ausgaben beider Seiten gleichermaßen widerspiegeln« (Gorbatschow 1987b, S. 3).

Auch hier vermeidet Gorbatschow den Anschein, die UdSSR habe gegenüber dem Westen etwas nachzuholen, indem er auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit bestehe. Weiter fällt auf, daß Gorbatschow es offensichtlich vermeidet, das »Neue Denken« allzu schnell auch von den Streitkräften zu fordern, sondern in dieser Frage eher sehr vorsichtig taktiert, wie man schon anhand seiner Parteitage rede feststellen konnte. Jutta Tiedtke weist mit Recht darauf hin, daß er vermutlich immer das Beispiel Chruschtschows vor Augen hat. Dessen konventionelle Rüstungsreduzierungen und seine strategische Zurückhaltung im Sinne einer Minimalabschreckung fiel in eine Zeit, während die USA mit dem strategischen Programm der Kennedy-Regierung einen neuen Rüstungsschub einleitete, und die Sowjetunion erneut als die Unterlegenen in der Rüstungskonkurrenz erscheinen ließ (Tiedtke 1987, 1985). Chruschtschows Strategie der Minimalabschreckung, seine einseitige Truppenreduzierung der sowjetischen Streitkräfte sowie seine Abkehr von rein propagandistischen Abrüstungsformeln brachte das Militär gegen ihn auf, das sicher auch seinen Sturz 1964 mitbetrieb. Jutta Tiedtke interpretiert dies jedoch nicht als den eigentlichen Grund für den Sturz Chruschtschows:

»Chruscev ist nicht an einem grundsätzlichen innenpolitischen Widerstand gegen Veränderungen in der Sicherheitspolitik und gegen Abrüstung gescheitert, sondern an der außenpolitischen Obstruktion. Erst die massive westliche Aufrüstung, die der sowjetischen Minimalrüstung den Boden entzog, führte zur entscheidenden innenpolitischen Stärkung der Position seiner Gegner« (Tiedtke 1987, S. 52).

Mit anderen Worten: Einen einseitigen Rückzug aus dem Rüstungswettlauf kann sich Gorbatschow angesichts der negativen Reaktion der USA, wie bereits das Beispiel des Testmoratoriums gezeigt hat, politisch nur um den Preis seines Sturzes leisten, was er als vorsichtiger und weitsichtig planender Taktiker wohl kaum im Sinn haben dürfte – zumal der Rückstand der

UdSSR in den wichtigsten militärisch relevanten Technologien offenkundig ist, und die USA mittels SDI neben den erhofften strategischen Vorteilen diesen Vorsprung ausbauen wollen, um die Sowjetunion »auszuproduzieren« (Nikutta 1985b, S. 1) bzw. totzurüsten, wie es führende Vertreter der Reagan-Administration immer wieder gefordert hatten. Die Prämissen dieser Politik hatte Reagan selbst am 16.10.1981 im Gespräch mit Chefredakteuren amerikanischer Zeitungen erläutert:

Eines steht fest: die Russen können ihre Rüstung nicht wesentlich steigern, da sie jetzt schon ihre Bevölkerung mit einem Mindestmaß an Nahrungsmitteln und Konsumgütern versorgen. Sie wissen, daß sie mit unserer industriellen Leistungskraft nicht mithalten können. Wir haben also den Vorteil, daß wir ihnen zeigen können, daß wir gewillt sind, unsere Rüstungen und die unserer Verbündeten weiter aufzubauen. Die Sowjetunion müßte es sich dann überlegen, ob sie ein realistisches Abrüstungsprogramm oder einen Rüstungswettkampf haben will. Bisher haben wir jedoch einseitige Vorleistungen gemacht, so daß unsere Rüstung lückenhaft geworden ist, während sie den größten militärischen Apparat aller Zeiten aufbauen konnten. Jetzt müssen sie aber erkennen, daß wir den Rüstungswettkampf vorantreiben können, ohne daß sie mithalten könnten« (Reagan 1981, S.D 599).

Gemessen an den bisherigen Erfahrungen des Rüstungswettkampfs nach 1945 und dem Stand der sowjetischen Rüstung, ist die amerikanische Erwartung, die UdSSR mittels technologischer Durchbrüche bei SDI strategisch endgültig auszubooten, kaum sehr wahrscheinlich. Wie Gorbatschow an verschiedenen Stellen verdeutlicht hat, beurteilt auch die Sowjetunion die Erfolgchancen dieses Programms als sehr gering. Ja, man spricht sogar schon offen vom Scheitern der strategischen Verteidigungsinitiative – was er gegenüber Reagan in Rejkjavik auch angeblich nicht verheimlicht haben will:

»Ich habe dem Präsidenten gesagt – und hier lüfte ich ein wenig den Schleier über dem Meinungs-austausch –, daß uns SDI in militärischer Hinsicht nicht beunruhigt. Meiner Ansicht glaubt auch in Amerika schon keiner mehr daran, daß ein solches System geschaffen werden kann. Mehr noch. Wir werden darauf eine asymmetrische Antwort finden, sollte sich Amerika doch dazu entschließen...

Wo aber liegen die Gefahren des SDI-Programms? Die erste Gefahr ist politischer Natur: es entsteht sofort eine Situation, die Unsicherheit schafft, Mißtrauen und Verdacht erregt, so daß dann keine Reduzierung von Kernwaffen in Frage kommen kann. Mit einem Wort, wir brauchen eine ganz andere Situation, um uns gründlich mit der Reduzierung von Kernwaffen befassen zu können. Zweitens gibt es auch noch einen militärischen Aspekt. Über SDI kann man zu neuen Waffenarten – das können wir auch mit aller Sachkenntnis sagen –, in eine völlig neue Etappe des Wettrüstens gelangen, dessen Folgen sehr ernst sein können« (Gorbatschow 1986d, S. D 677).

Damit enthüllte Gorbatschow wohl die wirklichen Ängste, die das SDI-Programm in der Sowjetunion ausgelöst hat: Daß technologische Durchbrüche bei der SDI-Forschung sich im konventionellen Bereich auswirken und so die Sowjetunion auch hier gegenüber der NATO zurückfallen könnte. Daß sich der Rüstungswettkampf ohnehin immer stärker in den technologischen Bereich verlagert, ist bereits von Gorbatschows Vorgängern wahrgenommen und von den Militärs mit Sorge artikuliert worden. Dies habe vor allem Konsequenzen für die Militärdoktrin und die Militärstrategie, da sich die mögliche Bedrohung von den Nuklearwaffen zu den mit neuen Technologien erweiterten konventionellen Waffen zuwende, wie der ehemalige Generalstabschef Ogarkov in einem Interview 1984 offen zugab:

»Worin bestehen heute die grundlegenden Wandlungen im Militärwesen? Erstens (...) Die Sache ist die, daß es bei der erreichten Zahl und Mannigfaltigkeit der nuklearen Raketenwaffen schon unmöglich geworden ist, die des Gegners mit einem Schlag zu vernichten. Ein vernichtender Schlag gegen den Aggressor (...) wird unter heutigen Bedingungen unabwendbar. (...)

Zweitens der rasche Wandel in der Entwicklung der konventionellen Vernichtungswaffen, das Auftauchen automatisierter Aufklärungs- und Angriffskomplexe, weitreichender, äußerst präziser, ferngelenkter Kampfmittel, unbemannter Flugkörper und qualitativ neuer elektronischer Leitungssysteme machen viele Arten von Waffen zu globalen und erlauben es, das Zerstörungspotential konventioneller Waffen deutlich zu erhöhen, nähert sie in der Effektivität gleichsam an Massenvernichtungswaffen an. (...) Und das wiederum macht es möglich, militärische Handlungen bei Anwendung konventioneller Waffen in qualitativ neuen unvergleichlich zerstörerischen Formen zu führen als früher« (Schröder 1986b, S. 22).

Die Erkenntnis, mit Nuklearwaffen lasse sich kein Krieg erfolgversprechend führen, bzw. sei insofern auf jeden Fall zu vermeiden, hat sich in der sowjetischen Führung keineswegs erst am Ende der 70er Jahre durchgesetzt, sondern war – laut Michael McGwire – bereits Mitte der 60er Jahre entstanden. Eine ausführliche Diskussion über die Frage, wie ein künftiger Krieg wohl geführt werden würde, hatte sich in der Sowjetunion – nicht zuletzt als Reflex auf die neue NATO-Strategie der Flexible Response – die alte Auffassung, ein künftiger Weltkrieg mit dem Westen werde unvermeidlich als nuklearer beginnen und damit das sowjetische Territorium miteinbeziehen (was auf jeden Fall vermieden werden sollte), nicht mehr aufrechterhalten lassen. Das sowjetische Hauptinteresse konzentrierte sich nun auf die Vermeidung eines Nuklearkrieges, der im Falle eines Konflikts nicht mehr als die einzig mögliche Form der Systemauseinandersetzung betrachtet wurde. Dies hatte zwei entscheidende Konsequenzen für die politische und militärische Lagebeurteilung: Politisch bedeutete es Eintritt in den Entspannungs- und Rüstungskontrollprozeß mit den USA, um die nukleare Bedrohung der UdSSR durch zweiseitige Absprachen (sofern sich dies als machbar erwies) zu reduzieren. Militärtechnisch bedeutete es eine Umgestaltung der konventionellen Streitkräfte in Europa (McGwire 1987, S. 13-66). Diese Überlegungen basierten auf der Annahme, daß die Drohung der NATO, im Falle eines Konfliktes in Europa nuklear zu eskalieren, angesichts der strategischen Streitkräfte der UdSSR unglaubwürdig wurde, da das Risiko für die USA, auch ihr Territorium könnte in den Konflikt miteinbezogen werden, zu groß geworden war. Die anhaltende Debatte in der NATO über die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nukleargarantie für Europa mag ein Übriges beigetragen haben.

Die andauernde Krise in der NATO über die »ausgedehnte Abschreckung« (extended deterrence) der USA in Europa (Slocombe 1984) hatte im übrigen auch die Europäer angesichts der durch SALT kodifizierten Parität der strategischen Potentiale zu der Überzeugung getrieben, die USA mit neuen, in Europa sichtbar stationierten Nuklearsystemen auf ihre Nukleargarantien neu festzulegen, zumal sie sich durch die SS-20 auch noch zusätzlich herausgefordert fühlten. Die eigentliche Begründung für den Doppelbeschluß der NATO ist jedoch in den Abkoppelungsängsten der europäischen Regierungen zu sehen, die heute, nachdem die Sowjetunion überraschend der Nulllösung zugestimmt hat, über die Weisheit dieses Beschlusses ihre Zweifel äußern.

Nuklearwaffen als Sicherheitsklammer und -garantie zwischen Bündnissen mögen sehr unterschiedlichen politisch-psychologischen Funktionen dienen. Als einen glaubwürdigen Beitrag zur Friedenspolitik lassen sie sich auf Dauer nicht legitimieren, zumal sie stets Maßnahmen des Gegners herausfordern, den Rüstungswettlauf ankurbeln und damit für beide Seiten neue Unsicherheiten schaffen (Gumbert/Stuckenbrock 1983).

Die sowjetischen Abrüstungsinitiativen und insbesondere die Akzeptanz der Nulllösung läßt

sich wohl kaum aus der Verschiebung militärstrategischer Kalküle erklären, die bereits früher existierten. Militärische Kalküle sind aufgrund ihres operativ-instrumentellen Ansatzes wohl gar nicht in der Lage, auf irgendeine »Option« zu verzichten. Ihre Aufgabe ist es, sich auf jene Situation vorzubereiten, wenn es die Politik versäumt hat, friedliche Konfliktlösungen zu erzielen. Abrüstung kann diese Aufgabe eo ipso nur erschweren, so daß es sehr unwahrscheinlich erscheint, daß sowjetische Militärs zu einem Zeitpunkt, wo technologische Durchbrüche der USA ihren Besitzstand bedrohen, ohne weiteres einen Teil ihrer Raketen aufgrund unsicherer politischer Kalküle zur Verschrottung angeboten haben. Es sieht vielmehr so aus, daß die politische Führung seit Breschnew mit diesem Problem ringt; und erst jetzt, wo das Scheitern auch der sowjetischen Politik in Europa immer deutlicher geworden ist, hat sich Gorbatschow zu einer politischen Offensive entschlossen, die bisherigen Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Die Erfolgchancen der neuen sowjetischen Abrüstungspolitik

Diese Offensive hat gemäß der »neuen Philosophie der Außenpolitik« ein erstaunliches Maß an politischem Willen, Flexibilität und Kompromißbereitschaft bewiesen und ist in der Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ohne Beispiel (Evangelistika 1986; Nikutta 1987, Dean 1987). Ohne Gorbatschow würden die Rüstungskontrollverhandlungen wahrscheinlich immer noch auf dem Stand von 1985 stagnieren, als beide Positionen sich unvereinbar gegenüberstanden (Horelick 1984), aber immerhin im Januar 1985 nach Reagans Wiederwahl übereinkamen, die Rüstungskontrollverhandlungen wieder aufzunehmen. Im gemeinsamen Communiqué zwischen Shultz und Gromyko findet sich nur die Übereinkunft, »daß das Thema der Verhandlungen ein Fragenkomplex sein wird, der Weltraum und Kernwaffen, sowohl strategischer als auch mittlerer Reichweite, betreffen wird, und zwar mit all den Fragen, die in bezug auf deren wechselseitiges Verhältnis in Erwägung gezogen und gelöst werden müssen« (Shultz/Gromyko 1985, S. D 60).

Beide Positionen sowohl in der Frage der Mittelstreckenraketen (INF), der Reduzierung der strategischen Waffen als auch über SDI waren unvereinbar und es gab kaum Aussichten, diese Differenzen durch Kompromisse zu lösen. Die Reagan-Regierung hatte seit ihrem Amtsantritt ohnehin zunächst der Modernisierung der strategischen Streitkräfte den Vorzug gegeben und hatte deshalb an Rüstungskontrolle kein Interesse. Als sie dann durch den innen- und bündnispolitischen Druck 1981/82 formell in die Verhandlungen eintrat, zielten die Vorschläge vor allem darauf ab, das eigene Arsenal möglichst wenig zu berühren, aber dafür das Kernstück der sowjetischen Nuklearwaffenpotentiale, die landgestützten schweren ICBM, um mehr als 75 % zu kürzen, und außerdem Bomber und Cruise Missile gar nicht erst einzubeziehen (Talbot 1984; Gumbert/Stuckenbrock 1987). Diese Vorschläge mußten schon bald revidiert werden, weil ihre Nicht-Verhandlungsfähigkeit auch in den USA auf starke Kritik stieß.

Für die Sowjetunion vor Gorbatschow blieb nur wenig Handlungsspielraum, da sie sowohl die Nulllösung bei INF, signifikante Einschnitte bei ihren schweren ICBM SS-18 und SS-19 als

auch jegliche SDI-Forschung im Labor ablehnten. Immerhin gelang es Gromyko, den Weltraumbereich und damit natürlich SDI als sowjetische Vorbedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen einzubeziehen, was die USA am liebsten vermieden hätten. Schon damals hat Außenminister Shultz in der anschließenden Pressekonferenz abgelehnt, SDI als Tauschobjekt einzusetzen:

»Wir glauben nicht so recht an Tauschobjekte. Wir meinen, (...), daß wir uns vom Kongreß die Ermächtigung und die Mittel einholen sollen, unsere Programme auszuführen, die unserer Ansicht nach im Interesse der Vereinigten Staaten liegen, und das ist es, was wir gemacht haben« (Shultz 1985, S. D 64).

Die Zusammenlegung aller drei Verhandlungskomplexe – eine sowjetische Forderung – bot der UdSSR immerhin den Vorteil, Lösungsansätze in den verschiedenen Bereichen zu verknüpfen, um damit die eigene Verhandlungsposition zu verbessern. Ein Durchbruch in einem Bereich mußte also nicht notwendig zu einem Abkommen führen, es sei denn, es läge im politischen Interesse, die Verknüpfung wieder aufzuheben.

Im Unterschied zu seinen Vorgängern bekundete Gorbatschow genau dieses Interesse, auch wenn er taktisch zunächst an dem alten Konzept festhielt. Das erste Gipfeltreffen in Genf im November 1985 brachte trotz eines langen gemeinsamen Kommuniqués keine konkreten Vereinbarungen. Trotzdem sind die schon in Genf erzielten Übereinstimmungen im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren nicht unerheblich.

»Beide Seiten waren nach der Erörterung der wichtigsten Sicherheitsfragen und im Bewußtsein der besonderen Verantwortung der UdSSR und der Vereinigten Staaten für die Aufrechterhaltung des Friedens der Meinung, daß ein Atomkrieg gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf. Angesichts der Tatsache, daß jeder Konflikt zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten katastrophale Folgen haben könnte, betonten sie die Bedeutung der Verhinderung eines jeglichen Krieges zwischen ihnen – gleich, ob nuklear oder konventionell« (Gorbatschow/Reagan 1985, S. D 669).

Weiter wurde der Kommuniqué-Text vom 8.1.1985 wiederholt und das gemeinsame Interesse an einer 50%igen Kürzung der strategischen Waffen und einem Interimabkommen bei INF hervorgehoben. Obwohl es bei diesem Gipfel zu heftigen Auseinandersetzungen über die SDI-Frage kam, war aus der Sicht beider Kontrahenten, Reagan und Gorbatschow, ein wichtiger Schritt zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit auf höchster Ebene getan, ohne den ein signifikantes Abkommen nicht möglich ist. Gorbatschow hatte damit sein erstes Nahziel erreicht, die Amerikaner in einen intensiven Dialog einzubinden, um so einen, wenn auch geringen, Einfluß auszuüben, der bei ihrem gemeinsamen Interesse am politischen Erfolg durchaus nützlich sein könnte. Zu diesem Zeitpunkt aus dem Rüstungskontrollpaket etwas herauszunehmen und eine separate Vereinbarung etwa bei INF abzuschließen, wäre aus Gorbatschows Sicht gewiß zu früh gewesen (Schmidt-Häuer 1987).

Zunächst sollte die USA weiter herausgefordert werden, um zugleich mit neuen Perspektiven zur Beendigung des Rüstungswettlaufs international die politische Position der UdSSR weiter zu verbessern. Neben dem schon im August 1985 verkündeten einseitigen Teststoppmoratorium verkündete der Generalsekretär im Januar 1986 einen Stufenplan zur Beseitigung aller Kernwaffen bis zum Jahre 2 000 und verlängerte das Moratorium um weitere drei Monate (Gorbatschow 1986a). Wie immer man nun die Ernsthaftigkeit und die Realisierungschancen dieses Vorschlags beurteilen mag: Schon jetzt steht fest, daß zum ersten Mal seit dem Bestehen

von Nuklearwaffen auf so hoher Ebene ein radikaler Reduzierungsvorschlag, verknüpft mit einem konkreten Zeitplan und unzweideutigen Überprüfungsmaßnahmen, gemacht wurde, der gleichzeitig ein Interesse an konkreten Abrüstungsschritten enthält, die auch ohne den Gesamtplan verwirklicht werden können (Garthoff 1986). Seit seiner Rede auf dem 27. Parteitag am 25.2.1986 hat Gorbatschow begonnen, das Paket aufzuschneiden und Teile aus dem Gesamtplan als separat lösbar zu bezeichnen:

»Es darf nicht zugelassen werden, daß das Sternkriegsprogramm als Stimulus zum weiteren Wettrüsten und zugleich als Schranke auf dem Weg zur radikalen Abrüstung benutzt wird. Zur Überwindung dieses Hindernisses könnte ein spürbarer Fortschritt bei der einschneidenden Reduzierung der nuklearen Potentiale beitragen. Deshalb ist die Sowjetunion bereit, einen realen Schritt in dieser Richtung zu tun und die Frage der Mittelstreckenraketen in der europäischen Zone gesondert – ohne unmittelbaren Zusammenhang mit den Problemen der strategischen Rüstungen und des Weltraums – zu lösen« (Gorbatschow 1986b, S. D 218).

Außerdem fügte er hinzu, gäbe es mindestens zwei Punkte, über die eine Vereinbarung sofort erzielt werden könne: ein nuklearer Teststopp und die Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa.

Einige Beobachter haben daraus den Schluß gezogen, Gorbatschow sei fast zu jedem Kompromiß bereit, und könne Gefahr laufen, auch bei SDI den amerikanischen Interessen nachzugeben. Hier hat sich die sowjetische Position von der Ablehnung jeglicher Tests bis zur Akzeptanz von Labor-Tests gewandelt, sofern der ABM-Vertrag auf 10 Jahre nicht kündbar ist. Die Reagan-Regierung hat nur 7 Jahre angeboten mit der automatischen Erlaubnis für beide Seiten, danach Abwehrsysteme eigener Wahl zu stationieren. Die Differenz beider Positionen ist klar: Während die Sowjetunion den ABM-Vertrag auf jeden Fall erhalten will, möchte die amerikanische Regierung sein definitives Ende verbrieft wissen (Evangelista 1986, S. 583). Obwohl Gorbatschow die Vereinigten Staaten im Sommer 1986 wegen der amerikanischen Überschreitung der Salt-II-Grenzen und die Zurückweisung des sowjetischen Moratoriums scharf kritisierte, schlug er ein weiteres Gipfeltreffen vor, das jedoch eines Klimas bedürfe, »das die Perspektive für die Erreichung realer Vereinbarungen eröffnen würde.« Mit dieser Perspektive drängte er Reagan das Gipfeltreffen in Rejkavik auf, um endlich konkrete Fortschritte in Richtung realer Vereinbarungen zu erzielen. Dazu ist es in Rejkavik allerdings nicht gekommen. Gorbatschow hielt es wohl noch für zu früh, das Paket aufzuschneiden und einzelne Vereinbarungen zu treffen, entweder weil er dazu nicht ermächtigt war, oder weil die sowjetische Führung hoffte, Reagan doch noch durch einen Überraschungscoup – durch Konzessionen bei INF und den strategischen Systemen – zur Einhaltung des ABM-Vertrages und zur Verbannung des SDI-Projekts ins Labor zu überreden.

Das Treffen in Rejkavik war in jeder Hinsicht bemerkenswert. Obwohl es keine konkreten Vereinbarungen, sondern nur neue Übereinstimmungen gegeben hat, war es sicher einer der aufregendsten und wichtigsten Gipfeltreffen in der Nachkriegsgeschichte. Zum ersten Mal diskutierten die beiden obersten Repräsentanten der USA und UdSSR über die Abschaffung aller Nuklearwaffen (wenn auch aus unterschiedliche Motiven) und bestätigten damit indirekt die Forderungen der weltweiten Friedensbewegungen mit ihrer Ablehnung des nuklearen Rüstungswettlaufs. Was vor Jahren noch als bloße Utopie weltfremder Friedensfanatiker galt, ist

nun Gegenstand von Verhandlungen. Natürlich müssen Intention, Taktik und Propaganda derartiger Vorschläge sehr kritisch differenziert werden. Keineswegs falsch ist sicher auch der Einwand, solche weitreichenden Entscheidungen könnten nicht während eines Arbeitstreffens getroffen werden – da sie natürlich des politischen Konsens bedürfen. Dennoch scheint zum ersten Mal seit 25 Jahren der nukleare Rüstungswettkampf nicht mehr völlig alternativlos und dem reinen Rüstungskontrollregime unterworfen – dessen grundsätzliche Prämissen wie Stabilität, Abschreckung, Erst- und Zweitschlag usw. dem Wachstum der Arsenale bisher nicht in die Quere gekommen sind. Wie bedrohlich dieses Treffen auf die Strategiekultur der USA gewirkt haben muß, konnten wir an der Reaktion der Kissinger, Schelling, Nixon und Schlesinger ablesen, die sich gegen die Verunglimpfung des Abschreckungssystems vehement zur Wehr setzten (Schlesinger 1986; Schelling 1987; Hoffmann 1986), und jede Veränderung als gefährliche Illusion zurückwiesen.

Wahrscheinlich wird noch in diesem Jahr die Nulllösung bei Mittelstreckenraketen zwischen 500 - 5000 km auf einem dritten Gipfel unterzeichnet werden: Das wäre das erste reale Abrüstungsabkommen des Nuklearzeitalters, das sich vor allem der politischen Initiative der UdSSR verdankt – die sowohl das Prinzip der asymmetrischen Reduzierung als auch der Vorortinspektionen akzeptiert hat, und sich nicht scheute, eine ursprünglich vom Westen vorgetragene Position zu akzeptieren. Ob sich dies auch bei den strategischen Waffen fortsetzen wird, an deren 50%ige Reduktion Reagan die Bedingung geknüpft hat, den ABM-Vertrag nach sieben Jahren automatisch aufzuheben, muß stark bezweifelt werden. Obwohl es auch Hinweise gibt, daß Gorbatschow in seinen Kompromissen bezüglich SDI noch weitergehen und die Reduzierung der strategischen Waffen von SDI entkoppeln könnte (Newsweek 1987, S. 15).

Ob eine Beendigung des Wettrüstens wenigstens bei den Nuklearwaffen wirklich greifbar nahe liegt, ist nicht nur eine Frage des politischen Willens einer Seite. Daß sich, wie Gorbatschows Politik zeigt, politische Interessen in diesen wichtigen Fragen verschieben können, und es zur bisherigen Politik des Rüstungswettkampfes mit allen Gefahren und Kosten eine Alternative gibt, ist eine der wichtigsten Erkenntnisse der letzten zwei Jahre, die hoffentlich weitere Abrüstungsschritte bewirken wird. Auch unter Gorbatschow wird die Sowjetunion jedoch nicht einseitig das Wettrüsten beenden: Die neue Politik zielt auf einen gemeinsamen Ausstieg mit einem anderen Sicherheitsbegriff. In der Durchsetzung und Weiterentwicklung dieses Ansatzes besteht für alle Gegner des Rüstungswettkampfes in Ost und West ein gemeinsames Interesse.

Literatur

- Achromejev, Sergej (1986): Pressekonferenz am 23.5.1986, in: *Europa-Archiv*, Folge (16) 1986, S. D 437 - D 443
- Albrecht, Ulrich / Galtung, Johan / Gumbert, Michael / Stuckenbrock, Reimar (Hg.) (1983): *Stationierung – und was dann?* Friedensbewegung gegen Apokalypse. (Berlin: Europäische Perspektiven, 1983)
- Becker, Abraham S. (1986): *Sitting on Bayonets: The Soviet Defense Burden and the Slowdown of Soviet Defense Spending*. S. 171-204, in: *Roman Kolkowicz / Ellen Propper Mickiewicz (Hg.)* (1986)
- Berman, Robert P. / Baker, John C. (1982): *Soviet Strategic Forces. Requirements und Restraints*. (Washington, D.C.: Brookings Institution, 1982)
- Bialer, Seweryn (1985): *The Soviet Paradox. External Expansion, Internal Decline*. (New York: Alfred A. Knopf, 1985)
- Collins, John M. (1985): *US-Soviet Military Balance 1980-85*. (Washington, D.C.: Pergamon-Brasseyes, 1985)
- Cox, Arthur Macy (1982): *Russian Roulette. The Superpower Game*. (New York: Times Books, 1982)
- Czempiel, Ernst-Otto (1986a): Gleichgewicht oder Hegemonie? Überlegungen zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, in: *Merkur*, 40 (4) 1986, S. 289-301
- Czempiel, Ernst-Otto (1986b): Der Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Aus: *Politik und Zeitgeschichte*, B5-1986, S. 3-15
- Dallin, Alexander et al. (1964): *The Soviet Union and Disarmament. An Appraisal of Soviet Attitudes and Intentions*. (New York: Frederick A. Praeger, 1964)
- Dean, Jonathan (1987): Gorbacev's Arms Control Moves, in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 43 (5) 1987, S. 34-40
- Evangelista, Matthew (1986): The New Soviet Approach to Security, in: *World Policy*, 3 (4) 1986, S. 561-599
- Fitzgerald, Mary C. (1987): The Strategic Revolution behind Soviet Arms Control, in: *Arms Control Today*, June 1987, S. 16-19
- Fitzgerald, Mary C. (1987b): Marshal Ogarkov and the New Revolution in Soviet Military Affairs, in: *Defense Analysis*, S. 3 (1) 1987, S. 3-19
- Freedman, Lawrence (1977): *U.S. Intelligence and the Soviet Strategic Threat*. (Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1977)
- Garthoff, Raymond (1978): Mutual Deterrence and Strategic Arms Limitation in Soviet Policy, in: *International Security*, Summer 1978, S. 112-147
- Garthoff, Raymond (1982): A Rebuttal by Ambassador Garthoff, in: *Strategic Review*, Fall 1982, S. 58-63
- Garthoff, Raymond (1985): *Detente and Confrontation. American-Soviet Relations from Nixon to Reagan*. (Washington, D.C.: Brookings Institution, 1985)
- Garthoff, Raymond (1986): The Gorbacev Proposal und Prospects for the Arms Control, in: *Arms Control Today*, 16 (1), January/February 1986, S. 3-6
- Gelman, Harry (1984): *The Breshnev Politburo and the Decline of Detente*. (Ithaca/N.Y. and London: Cornell University Press, 1984)
- Gorbatschow, Michail (1986a): Erklärung des Generalsekretärs des Zk der KPdSU zu Abrüstungsfragen am 15.1.1986, in: *Europa-Archiv* (5) 1986, S. D 135 - D 147
- Gorbatschow, Michail (1986b): Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XVII. Parteitag der KPdSU, am 25.2.1986, in: *Europa-Archiv*, Folge (8) 1986, S. D 209 - D 229
- Gorbatschow, Michail (1986c): Rundfunk- und Fernsehansprache am 29.3.1986 zu Kernteststopp und internationaler Sicherheit, in: *Europa-Archiv*, Folge (16) 1986, S. D 429 - D 432
- Gorbatschow, Michail (1986d): Interview mit L'Humanite am 11.2.1986, in: *Europa-Archiv*, Folge (5) 1986, S. D 143 - D 147
- Gorbatschow, Michail (1986e): Pressekonferenz in Reykjavik am 12.10.1986, in: *Europa-Archiv*, Folge (24) 1986, S. D 669 - D 681

- Gorbatschow, Michail (1987a): *Die Rede* (Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen). Referat vor dem ZK der KPdSU am 27.1.1987. (Reinbek: Rowohlt, 1987)
- Gorbatschow, Michail (1987b): Realität und Garantien für eine sichere Welt, in: *Berliner Zeitung*, 18.9.1987, S. 3-4
- Gromyko, Andrej: Interview am 13.1. 1985, in: *Europa-Archiv*, Folge (3) 1985, S. D 68 - D 72
- Gumbert, Michael / Stuckenbrock, Reimar (1983): Die herrschende Sicherheitspolitik in der Sackgasse: Warum Nuklearrüstung als Politikersatz scheitern muß, in: *U. Albrecht u.a. (Hg.)* (1983), S. 10-53
- Gumbert, Michael / Stuckenbrock, Reimar (1987): Reagans Abrüstungsinitiativen. Mythos und Realität, in: *Vorgänge*, Nr. 89 (5) 1987, S. 65-76
- Herspring, Dale R. (1987): Nikoloi Orgakov and the Scientific-Technical Revolution in Soviet Military Affairs, in: *Comparative Strategy*, 6 (1) 1987, S. 29-59
- Hoffmann, Stanley (1986): An Icelandic Saga, in: *New York Review of Books*, Nov. 20 1986, S. 15-17
- Holloway, David (1983): *The Soviet Union and the Arms Race*. (New Haven and London: Yale University Press, 1983)
- Horelick, Arnold (1984): U.S. Soviet Relations: The Return of Arms Control, in: *Foreign Affairs*, 63 (3) 1984, S. 511-537
- Jackson, Willia, D. (1979): The Soviets and Strategic Arms: Toward an Evaluation of the Record, in: *Political Science Quarterly*, 94 (2) 1979, S. 243-261
- Kaufman, Richard F. (1985): Causes of the Slowdown in Soviet Defense, in: *Soviet Economy*, 1, January - March 1985, S. 9-41
- Kolkowicz, Roman; Mickiewicz, Ellen Propper (Hg.) (1986): *The Soviet Calculus of Nuclear War*. (Lexington, Ma: Lexington Books, D.C. Heath and Company, 1986)
- Krause, Christian (1982): Was ist militärische Bedrohung? in: *Die Neue Gesellschaft* (4) 1982, S. 322-327
- Lange, Peer H. (1986): Aspekte der sowjetischen Wehrpolitik Mitte der achtziger Jahre, in: *Osteuropa* (8/9) 1986, S. 787-796
- Lebow, Richard Ned (1980): Misconceptions in American Strategic Assessment, in: *Political Science Quarterly*, 97 (2) 1982, S. 187-206
- McGwire, Michael (1987): *Military Objectives in Soviet Foreign Policy*. (Washington D.C.: Brookings Institution, 1987)
- Mertes, Alois (1985): Der Atomkrieg in der Militärdoktrin der UdSSR, in: *Außenpolitik* (2) 1985, S. 107-116
- Newsweek* (1987): At Last, an Arms Deal. Sept. 28, 1987, S. 10-15
- Nikutta, Randolph (1985a): *Hilft SDI die Sowjetunion wirtschaftlich totzurüsten?* Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung 21 (M&R), Dezember 1985
- Nikutta, Randolph (1985b): *Kann die UdSSR bei SDI technologisch gehalten?* Arbeitspapier der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, AP 22 (MR), Dezember 1985
- Nikutta, Randolph (1987): Warum will die UdSSR Rüstungskontrolle?, in: *Vorgänge* Nr. 89 (5) 1987, S. 49-64
- Pipes, Richard (1977): Why the Soviet Union thinks it could fight and win a Nuclear War, in: *Commentary*, July 1977, S. 21-34
- Pipes, Richard (1982): Soviet Strategic Doctrine. Another View, in: *Strategic Review*, Fall 1982, S. 52-58
- Prados, John (1982): *The Soviet Estimate*, U.S. Intelligence Analyses and Soviet Strategic Forces. (New York: Dial Press, 1982)
- Ranelagh, John (1986): *The Agency*. The Rise and the Decline of the CIA. (New York: Simon & Schuster, 1986)
- Reagan, Ronald (1981): Gespräch mit den Chefredakteuren, in: *Europa-Archiv*, Folge (22) 1981
- Reagan, Ronald (1983): Fernsehansprache des Präsidenten der USA am 23.3.1983 zur Rüstungspolitik, in: *Europa-Archiv*, Folge (24) 1985, S. D 687- D 690
- Schelling, Thomas (1987): Abolition of Ballistic Missiles, in: *International Security*, 12 (1) 1987, S. 179-183

- Schlesinger, James (1986): Reykjavik and Revelations. A turn of the Tide?, in: *Foreign Affairs*, 65 (3) 1986; S. 426-446
- Schmidt-Häuer, Christian / Huber, Maria (1987): *Rußlands zweite Revolution*. Chancen und Risiken der sowjetischen Reformpolitik. (München: Piper, 1987)
- Schröder, Hans-Henning (1986a): Gorbatschows Wirtschaftspolitik und die Verteidigung des Vaterlandes, in: *Osteuropa* (8/9) 1986, S. 603-618
- Schröder, Hans-Henning (1986b): *Perspektiven sowjetischer Rüstungspolitik im Spiegel des XXVII. Parteitages*. Bericht des BIOST (29) 1986
- Senghaas, Dieter (1983): Die Zukunft der Sicherheit Europas. Weltpolitische Rahmenbedingungen und Chancen einer Neuorientierung, in: *U. Albrecht u.a. (Hg.)* (1983), S. 143-171
- Shultz/Gromyko (1985): Gemeinsame Erklärung über ihr Treffen am 7./8.1.1985 in Genf, in: *Europa-Archiv*, Folge (3) 1985, S. D 60
- Shultz, George (1985): Pressekonferenz am 8.1.1985 in Genf, in: *Europa-Archiv*, Folge (3) 1985, S. D 60 - D 64
- Sloan, Anne T. (1986): Soviet Positions on Strategic Arms Control and Arms Policy: A Perspective outside the Military Establishment, in: *Roman Kolkowicz/ Ellen Proper Mickiewicz (Hg.)* (1986), S. 115-141
- Slocombe, Walter (1984): Extended Deterrence, in: *Washington Quarterly*, Fall 1984, S. 93-103
- Talbott, Strobe (1984): *Deadly Gambits*. The Reagan Administration and the Stalemate in Nuclear Arms Control. (New York: Alfred A. Knopf, 1984)
- Tiedtke, Jutta (1985): *Abrüstung in der Sowjetunion*. Wirtschaftliche Bedingungen und soziale Folgen der Truppenreduzierung von 1960. (Frankfurt/New York: Campus, 1985)
- Tiedtke, Jutta (1987): Neuorientierung oder Etikettenschwindel? Die sowjetische Sicherheitspolitik unter Gorbatschow, in: *Osteuropa-Info* (68) 1987, S. 51-52
- Trofimenko, Henry (1981): Counterforce: Illusion of a Panacea, in: *International Security*, 5 (4) 1981, S. 28-48
- Vigor, P.H. (1986): *The Soviet View of Disarmament*. (New York: St. Martins Press, 1986)
- Walter, Franz (1985): *Zur amerikanischen Neueinschätzung des Trends der Verteidigungsausgaben der UdSSR*. Zuverlässigkeit und Aussagekraft der Schätzungen. Berichte des BIOst (1) 1985
- Wettig, Gerhard (1983): The Garthoff-Pipes Debate on Soviet Strategic Doctrine: A European Perspective, in: *Strategic Review*, Spring 1983, S. 68-78
- Wettig, Gerhard (1984): The Western Peace Movement in Moscow's longer View, in: *Strategic Review*, XII (2) 1984, S. 44-53
- Wettig, Gerhard (1986): *Soviet Attitudes to Arms Control*. Bericht des BIOst Nr. 1/1986
- Wettig, Gerhard (1987): *A New Soviet Approach to Negotiating Arms Control*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (2) 1987, S. 11